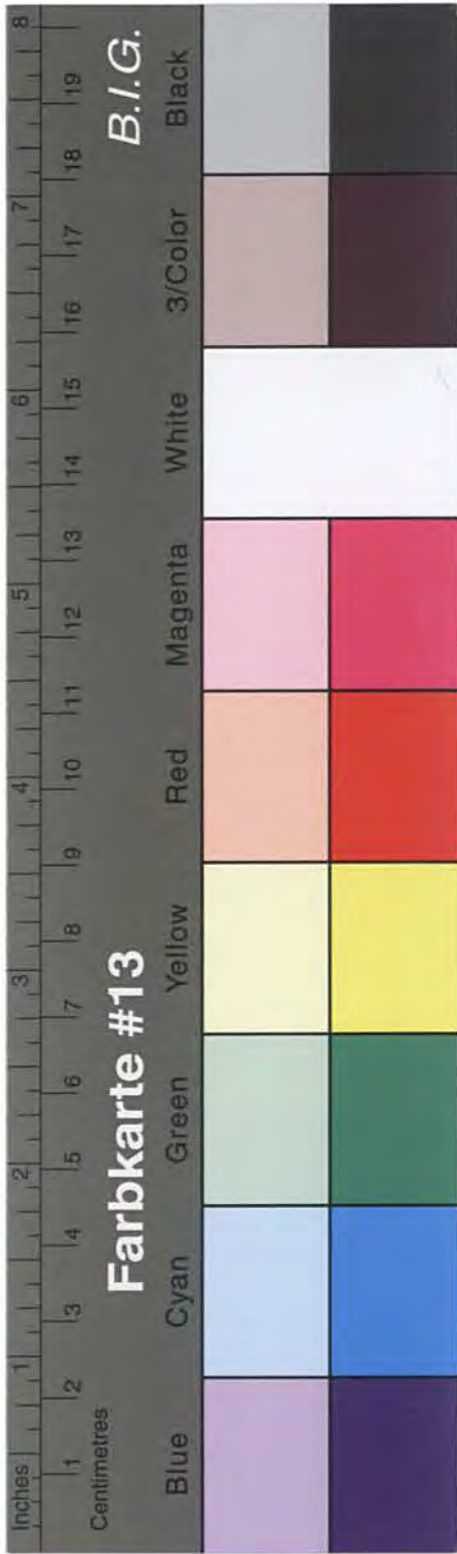


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B2

723



Kreisarchiv Stormarn B2

Formular Nr. _____

Sonderhilfs-Ausschuß

für den Kreis Stormarn

Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familienname: Rose Rufname: Angebot

(bei Frauen auch Geburtsname) led. verh. verw. gesch. *)
männlich weiblich

Geburtstag: 6.8.1888 Geburtsort: _____

Gegenwärtige Anschrift: Altenburg Brünnengasse 42

Beruf und Beschäftigung: Lehrer

Art des Personalausweises und dessen Nummer: Personalausweis N 943

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger: keine

End der Gefangensetzung: Mir wurde der Grund mit Haftausweis
zur Luft gegeben

In Haft in Altenburg Gefängnis vom 5.6.1933 bis 19.7.1933

Name der Person, die Sie angezeigt hat: keine

Anschrift der Person, die Sie angezeigt hat: _____

Verurteilt durch: _____

am: _____ Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer: _____

Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise? geprügelt

Auf welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten? keine
Haftausweis

Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten:
Ich wurde in der Nacht gegen 5.6.1933 aus der Poststraße in Altenburg
in meinem Grundstück verhaftet und in der Nacht gegen 5.6.1933 aus der Poststraße
Altenburg in das Gefängnis in Altenburg gebracht und auf Haftausweis
19.7.1933 aus dem Gefängnis entlassen.

Ich erkläre, daß ich gemäß Absatz _____ des Sonderhilfsplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin.
Ich versichere, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß diese voll und ganz
der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewußt, daß unwahre Angaben meinen Ausschluß von der Inanspruchnahme
des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Datum Altenburg Unterschrift Angebot Rose

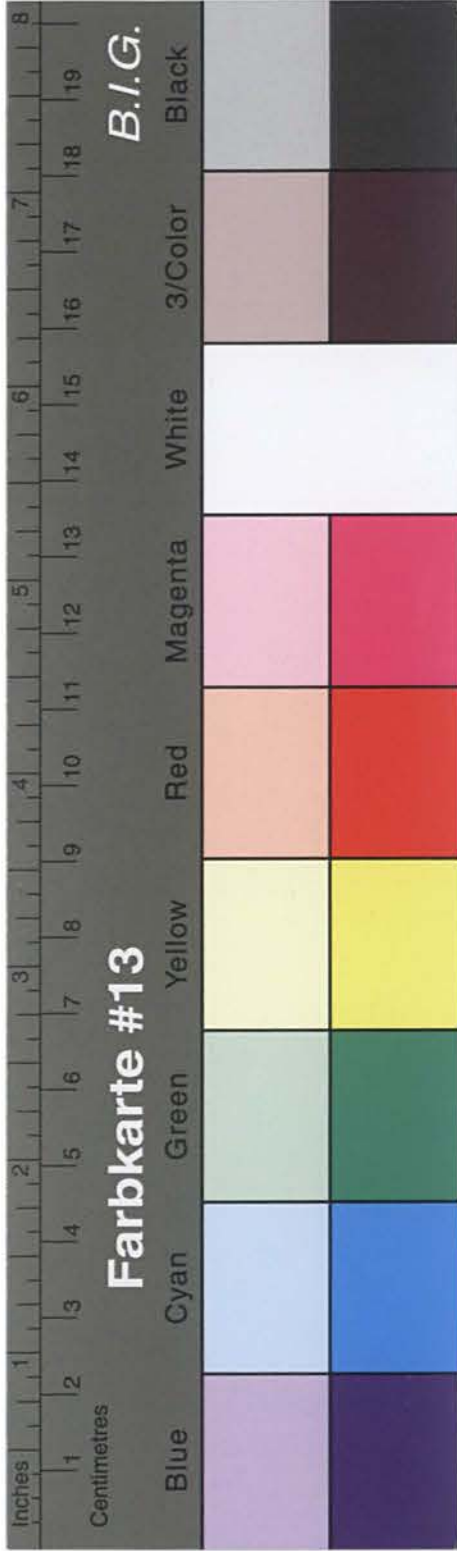
Datum 24. August 46 Gegenunterschrift St. Richter

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

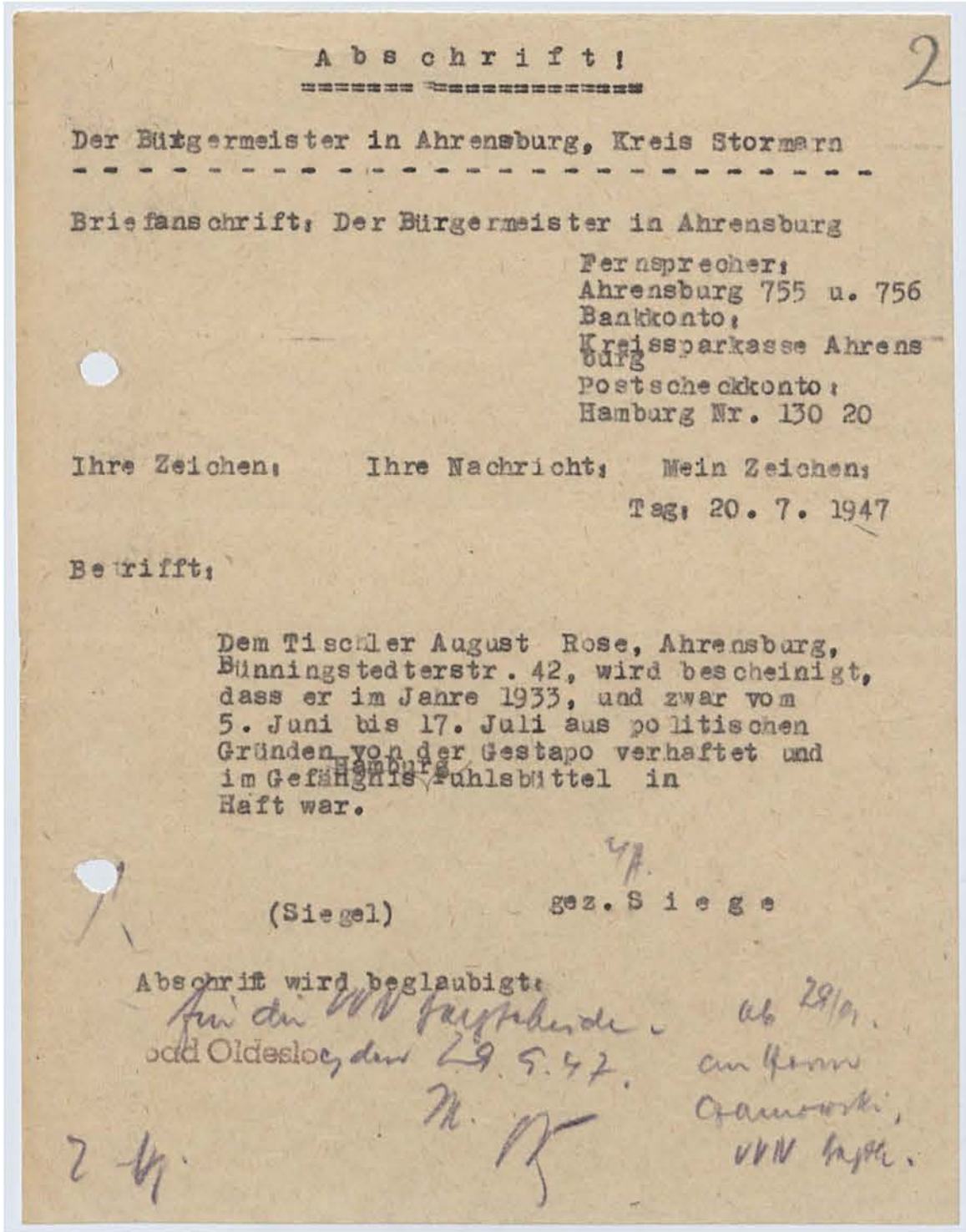
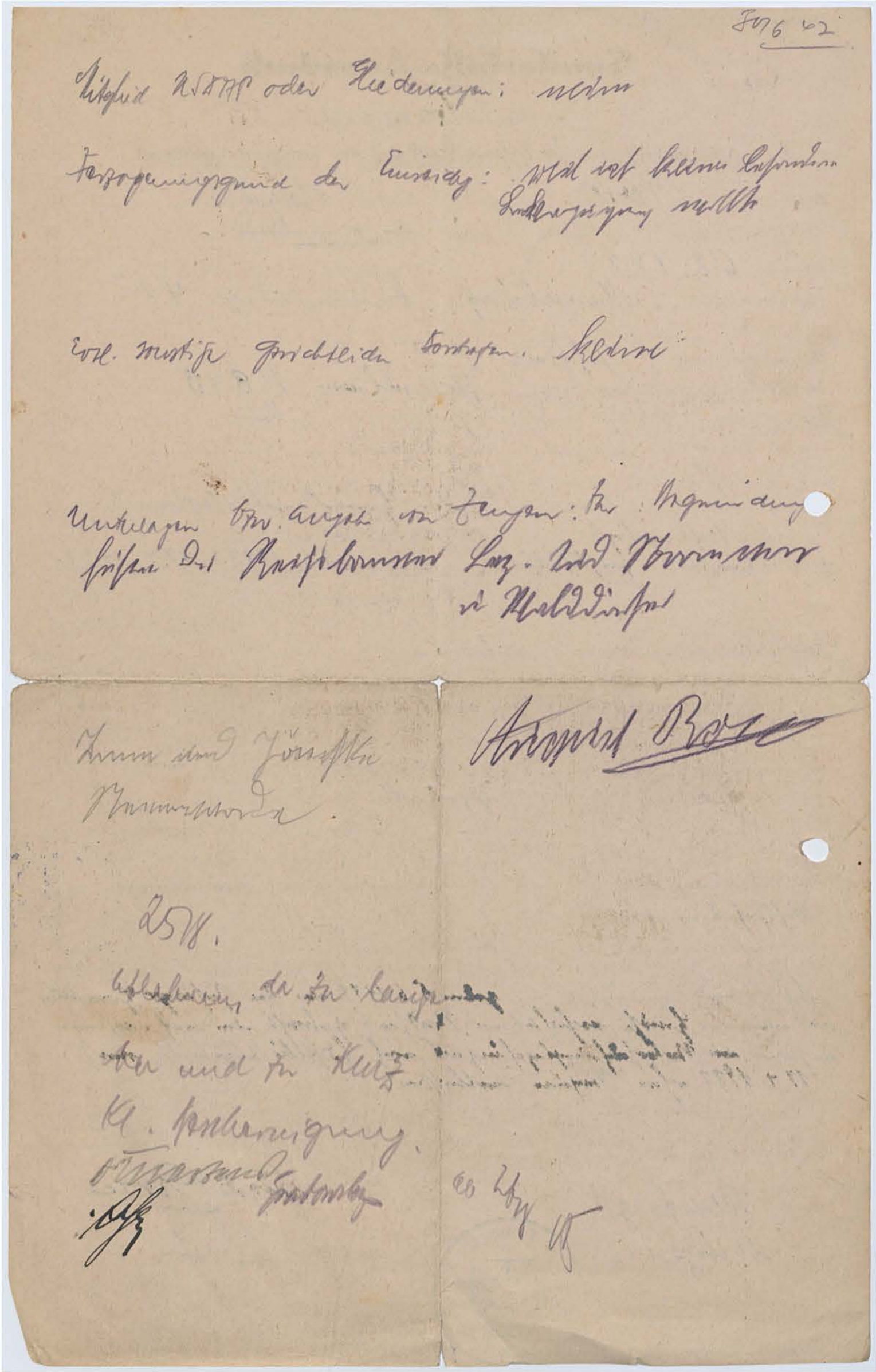
Eigenschaft der Person, die die Gegenunterschrift vollzieht Pol. Insp.

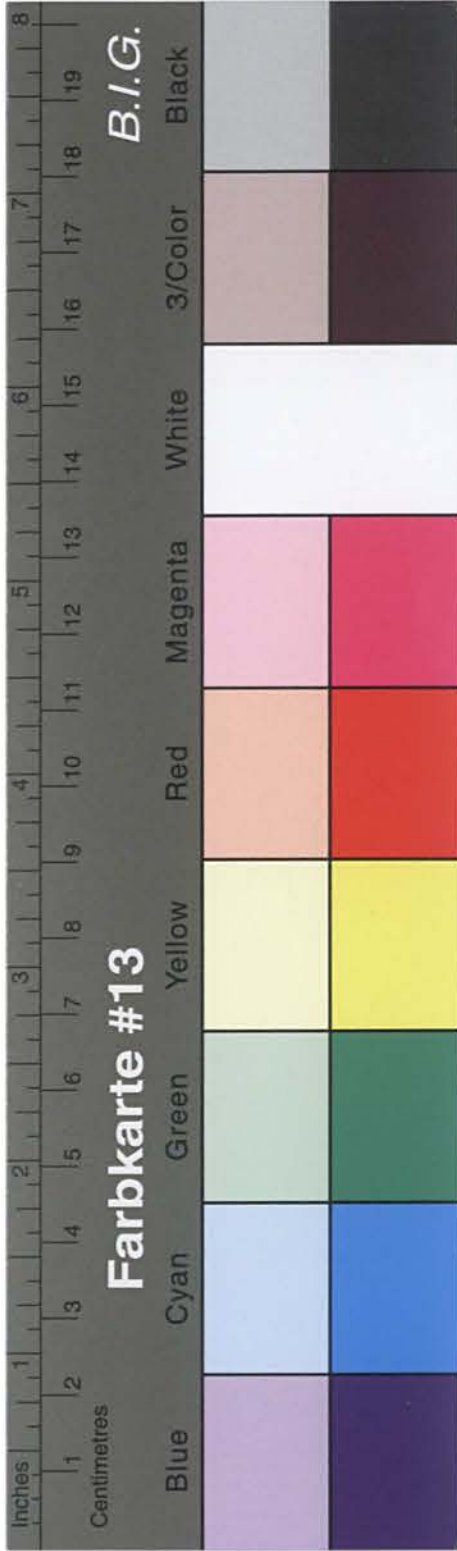
Der Amtsvorsteher
Kreis Stormarn
Altenburg

FDU CCG 3196 319M 12.45

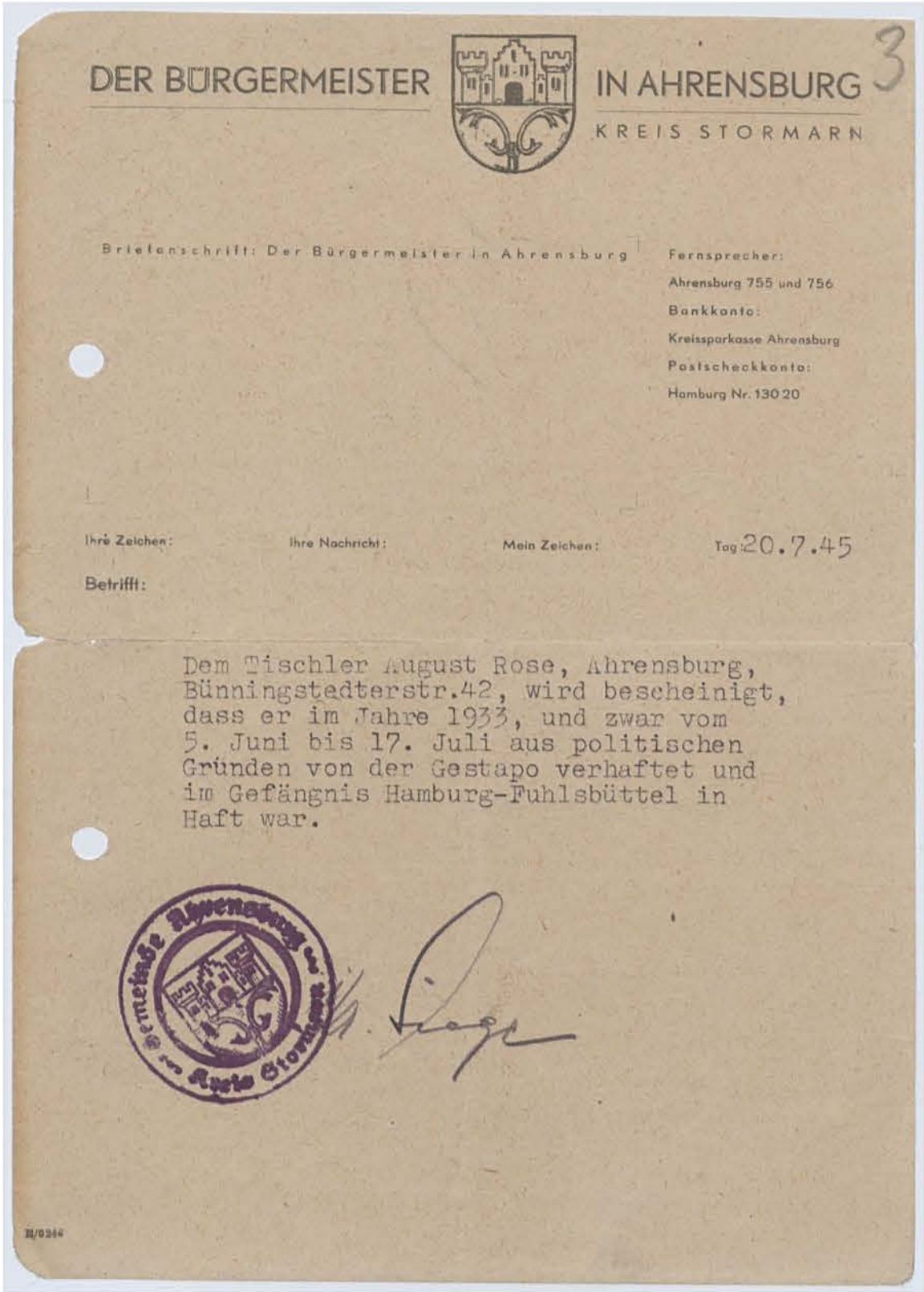
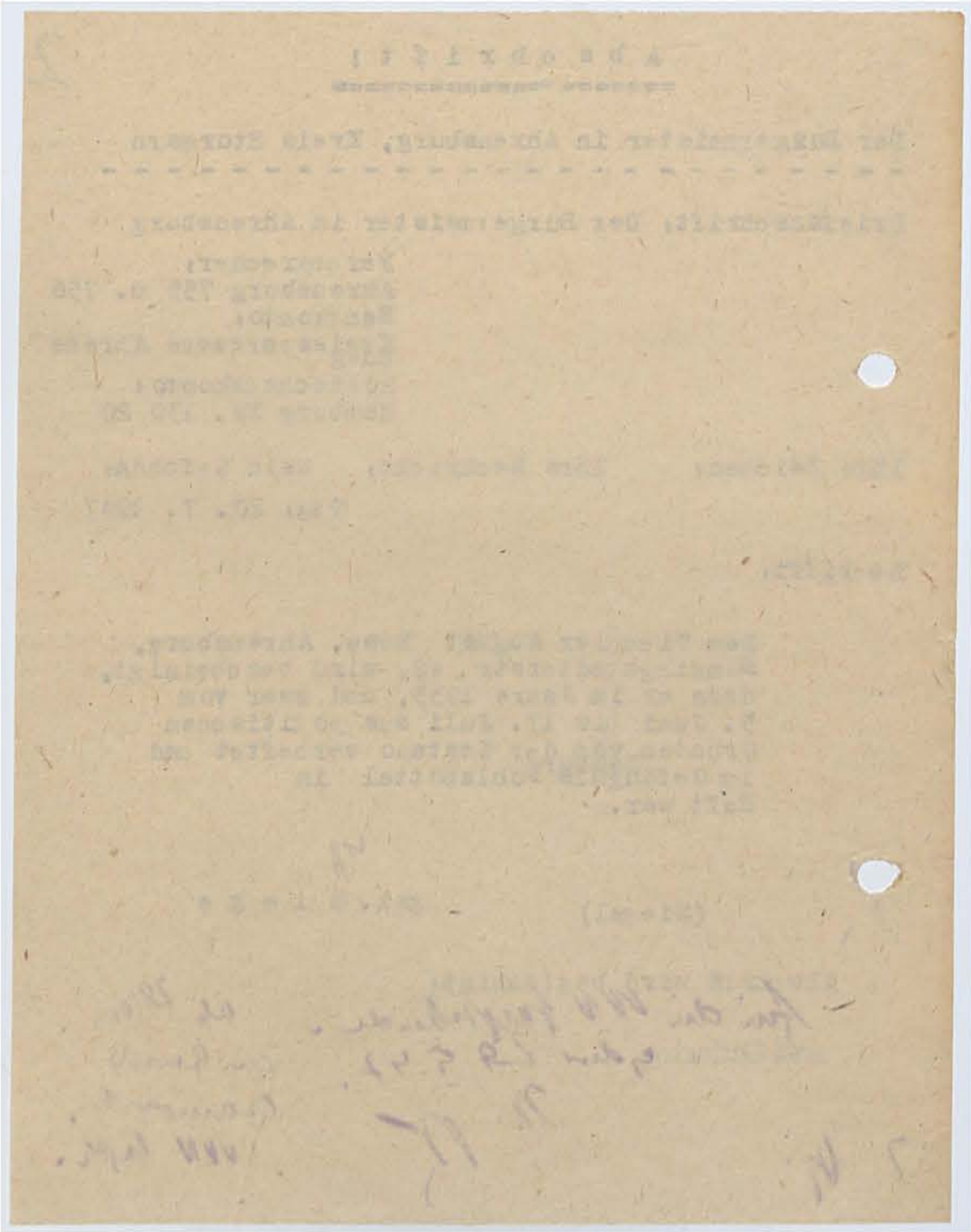


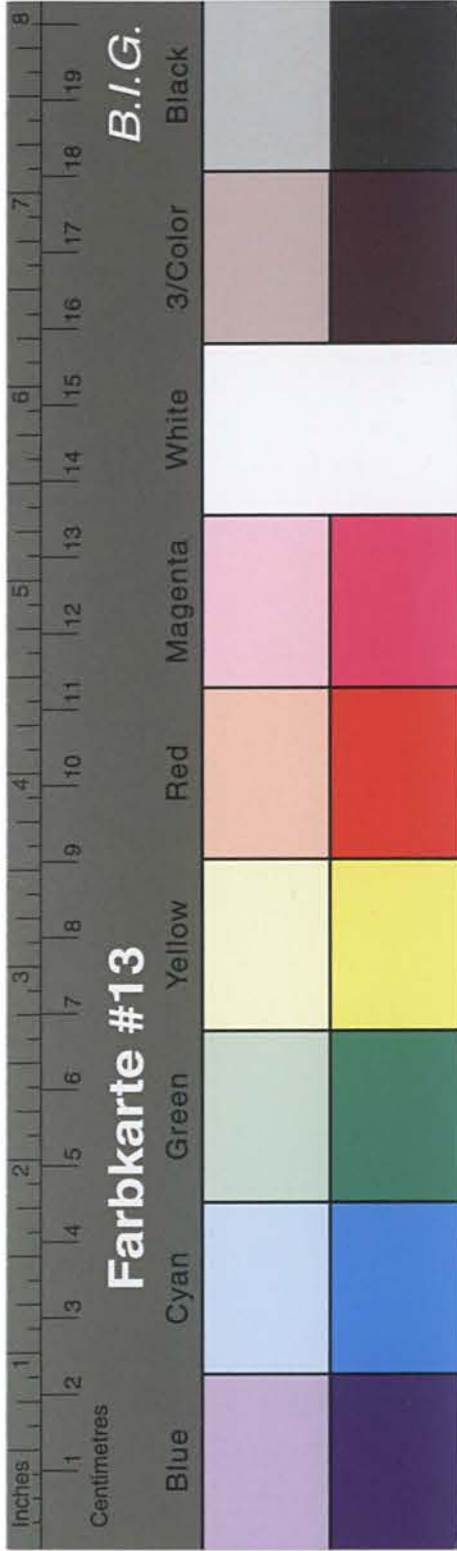
Kreisarchiv Stormarn B2



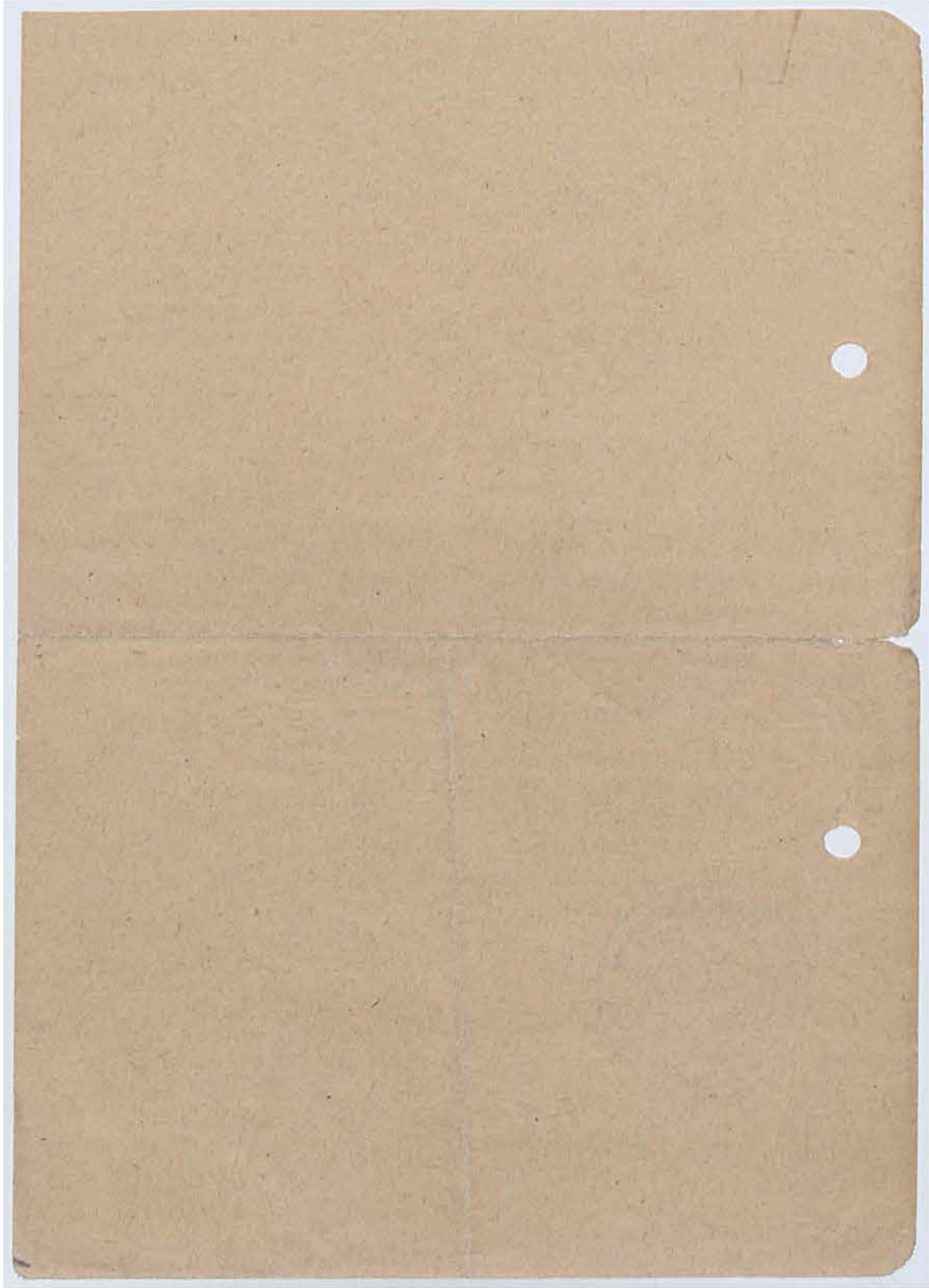


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



4

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

mit Anlagen

Nr.

Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag

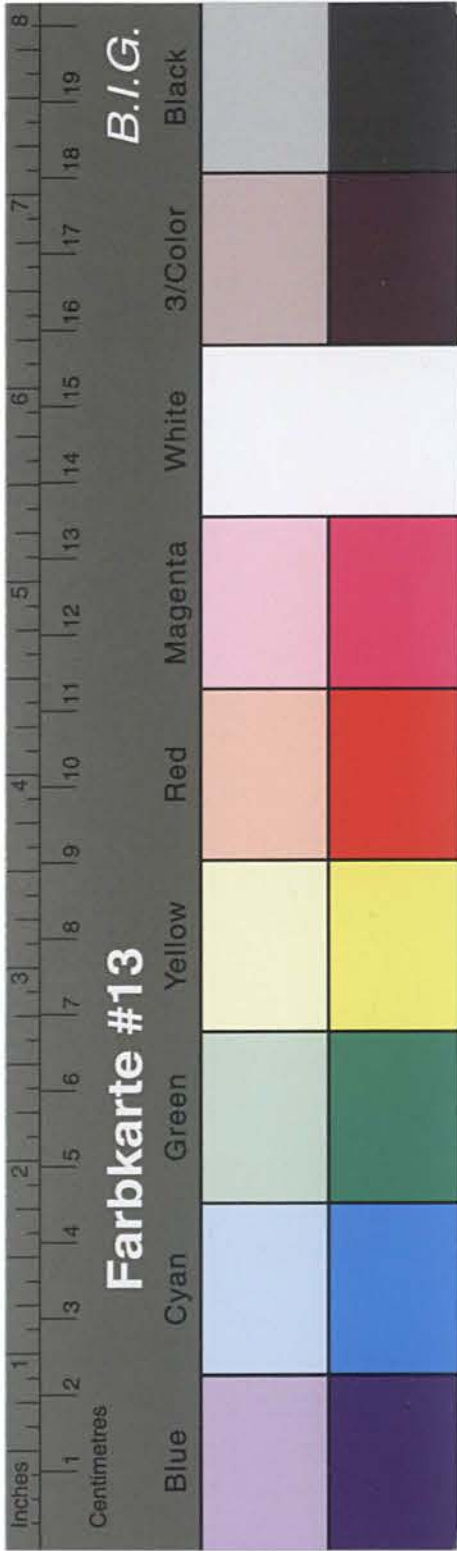
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387))

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: *Rose*
Vornamen: *Agnes*
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): *6. 8. 88 Herrhorn*
..... *Am Altenweg 39 + 82*
..... *Schleswig Holstein*
..... (Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: Led. / verh. / verw. / gesch.
Anzahl der Kinder: *vier* Alter der Kinder: *39 + 82 Jahren*
Staatsangehörigkeit: frühere: *Deutscher* jetzige: *Deutscher*
2. Beruf:
Erlernter Beruf: *Tischler*
Jetzige berufliche Tätigkeit: *Tischler*
3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / ~~nein~~
Wenn ja:
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ~~ja~~ / nein
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:
.....
.....

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name:
Vornamen:
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):
.....
.....
.....
.....
.....
gestorben am:
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:
2. Beruf:
Erlernter Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit:
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

— 2 —

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:

b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:
Bei welchen?

Anspruchs-
berechtigte(r)

ja / nein

von bis

ja / nein

von bis

2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:

b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:

b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

c) bei Heimkehrern:
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen:
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:

e) bei Sowjetzonenflüchtlingen:
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947:
In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?

Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen.
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:
Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen:
Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?

c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

— 3 —

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)
Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)
a) Heilverfahren:
b) Rente und Kapitalentschädigung:
3. Schaden an Freiheit (§ 16)
durch Freiheitsentziehung

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

in Hamburg, Friedrichsberg vom 22. 6. 1933 bis 25. 7. 1933

in vom bis

in vom bis

in vom bis

in vom bis

insgesamt = volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:
d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:
d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63)
durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)? Wann? Aktenzeichen

Nein

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

ja / nein

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?

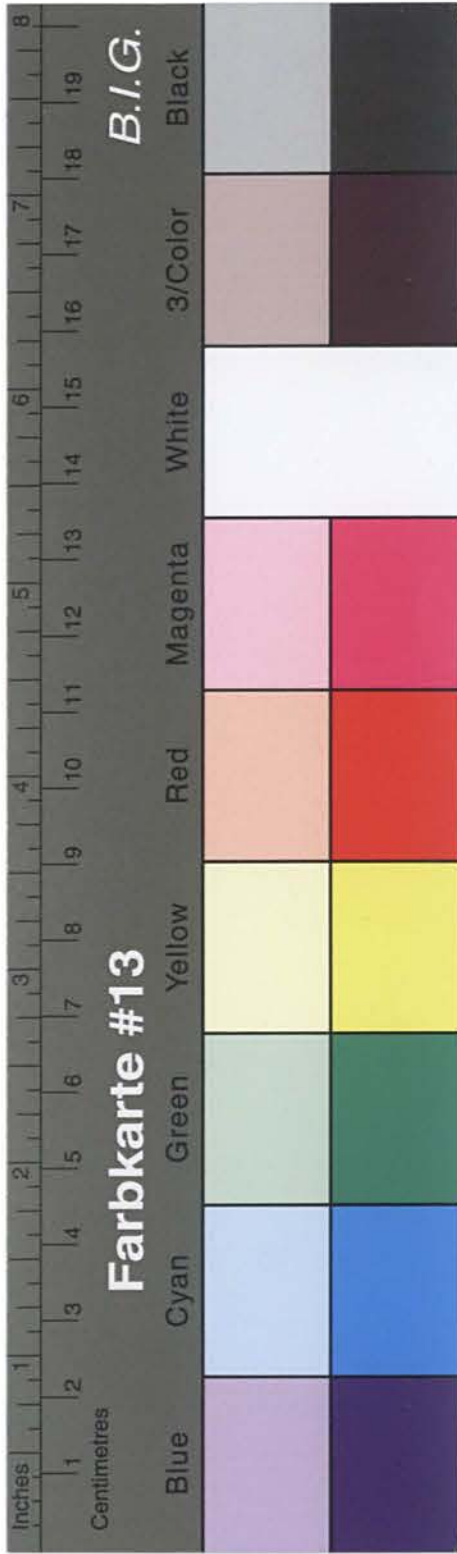
ja / nein

Art der Leistungen Von welchen Stellen? Wann? RM DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände? Bei welchen Stellen? Aktenzeichen:



Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr.120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Ich wurde in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 verhaftet und am 25. Juli 1933 ohne Entlassungshoffnung mit dem Gefängnis
wurden bereits an *Hamburg Selbst mit wieder entlassen.* oder
(Behörde)

(Gericht) (Aktenzeichen)

zu -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Hamburg (Ort), den *28.9.1954* (Datum)

(Unterschrift)

Dem Antrag sind Anlagen beigelegt, und zwar:

- 1 Anlage mit Adressen von Zeugen*
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Nachdruck verboten. „Buchkunst“, Berlin W 35

6

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 - Rose -

Herrn
August R o s e
in A h r e n s b u r g
Büningstedterstr. 42

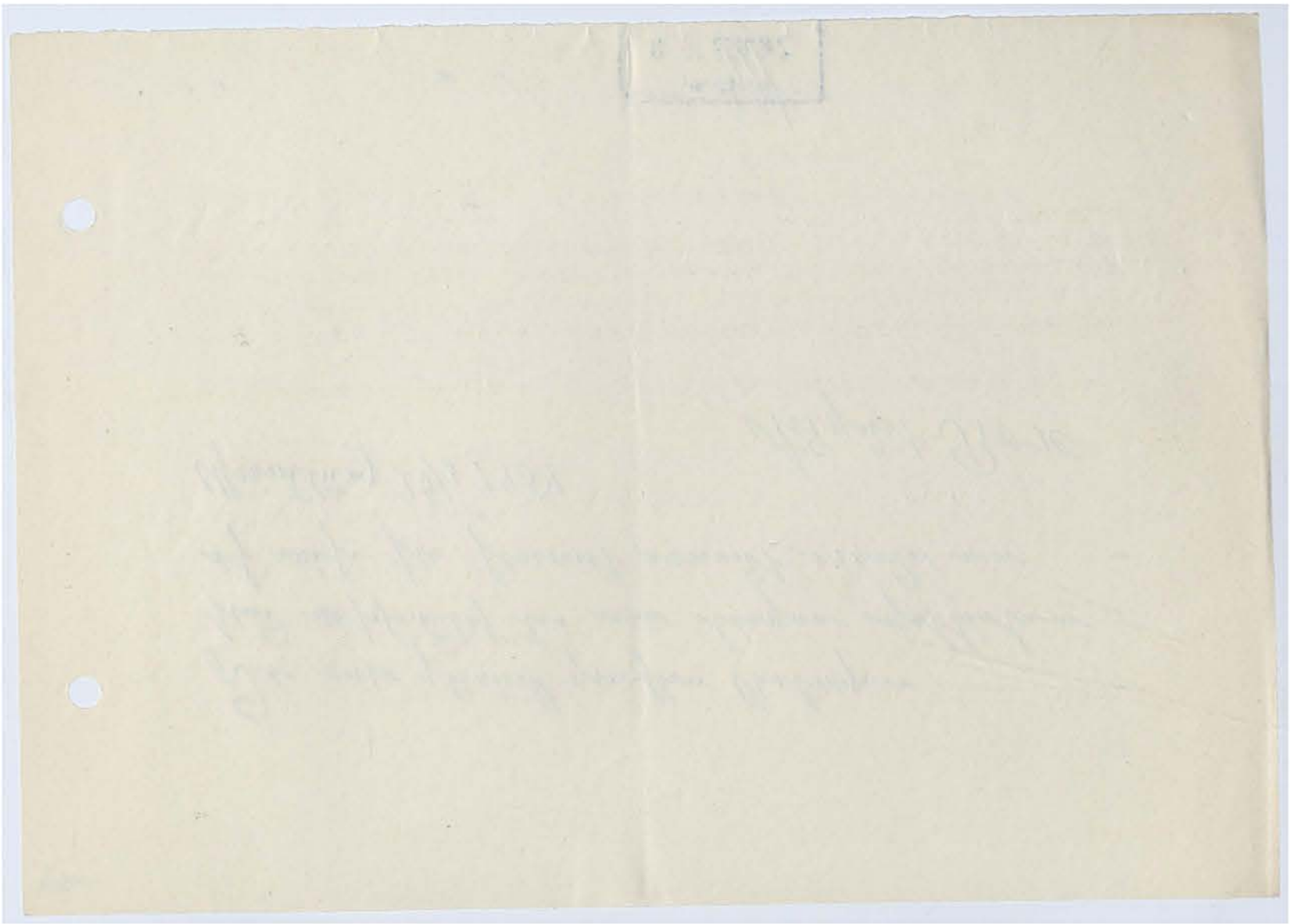
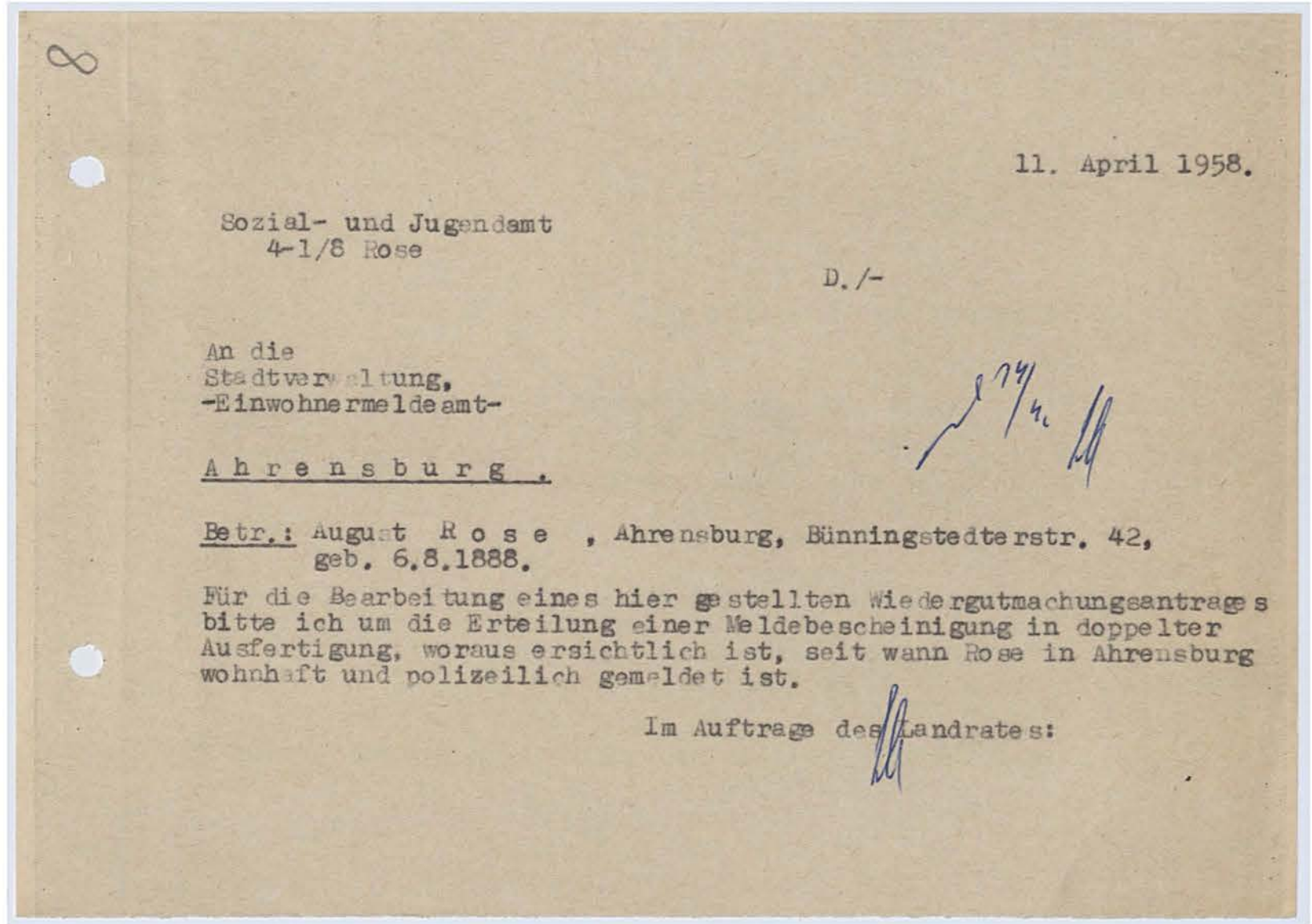
D./Str.

14. Oktober 1954

Im Auftrage:

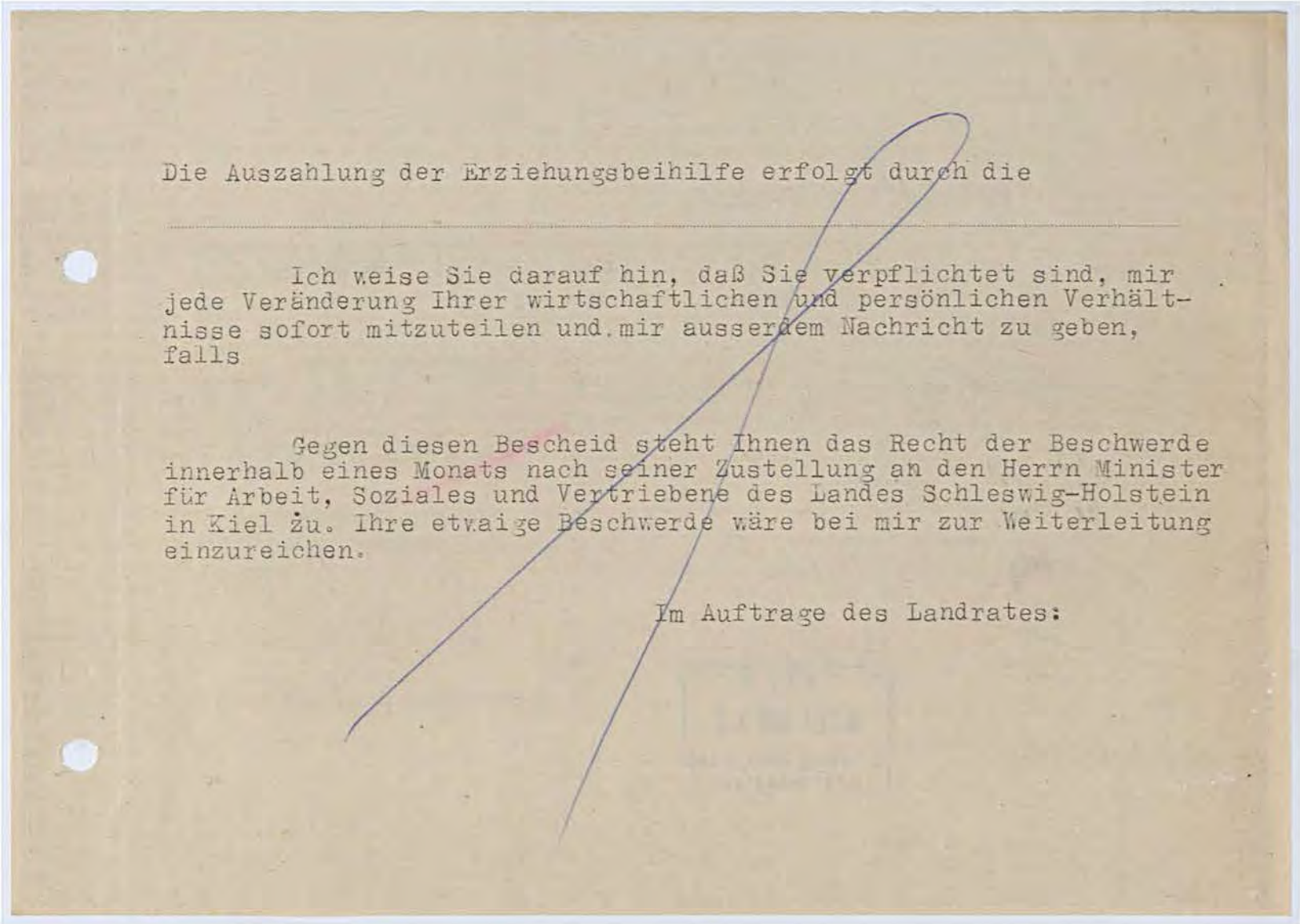
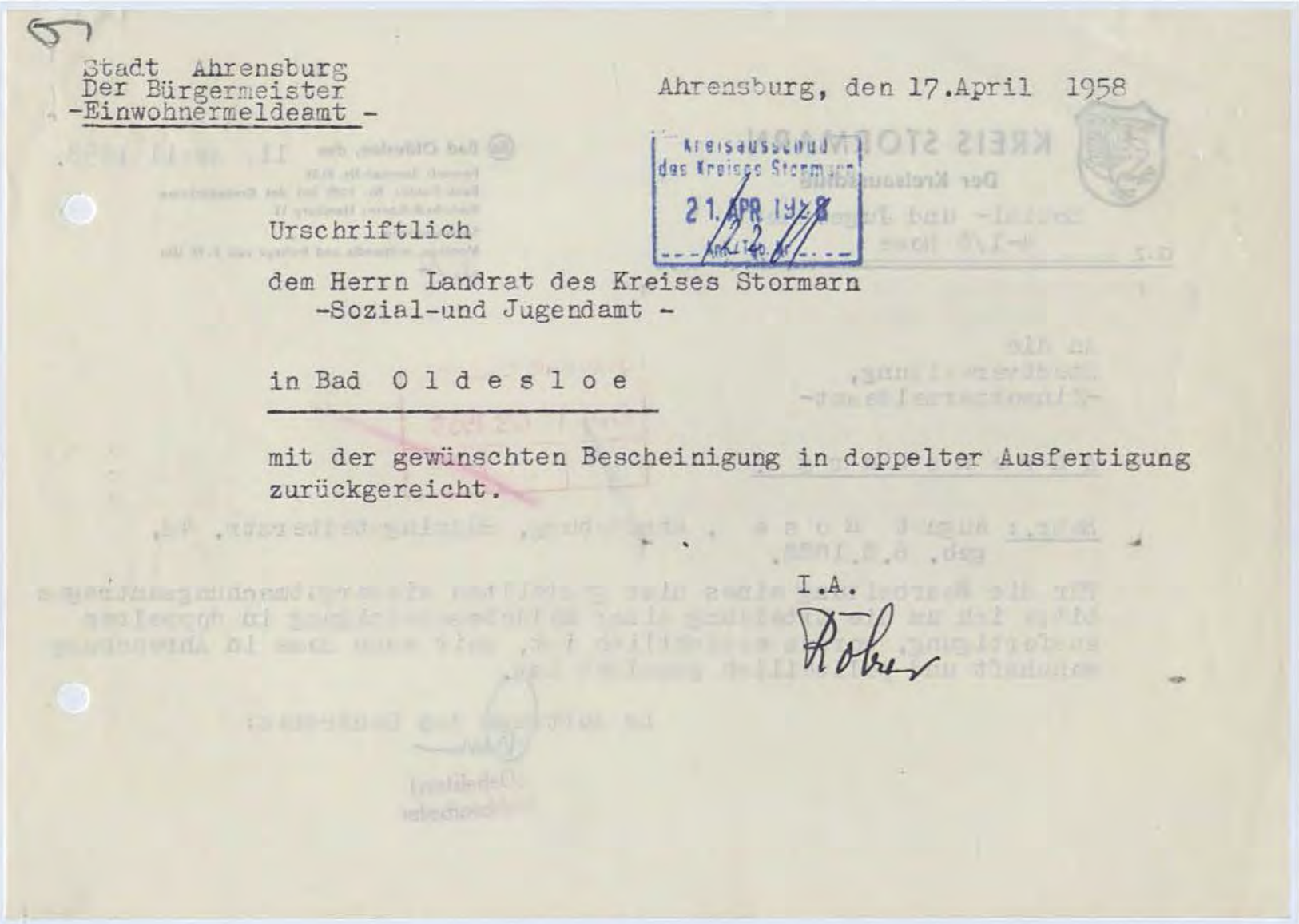
126/10-4

In Ihrer Wiedergutmachungssache habe ich Ihren Antrag auf Grund des BEG. erhalten und muss Ihnen demselben noch zur Ergänzung zurückreichen. Eine Entscheidung kann über Ihren Antrag ohne Beantwortung der Fragen auf Seite 2 und 3 nicht erfolgen. Ich bitte Sie daher noch, diese beiden Seiten zu beantworten und mir den Fragebogen wieder einzureichen.



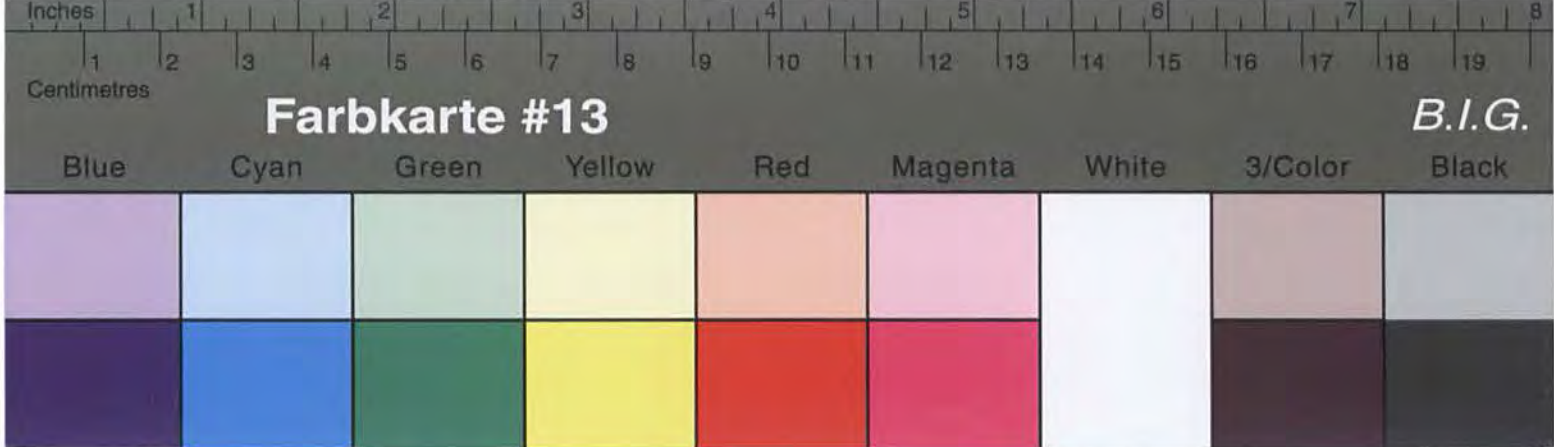
Kreisarchiv Stormarn B2






Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



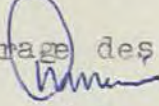
KREIS STORMARN
Der Kreisausschuß
Sozial- und Jugendamt
4-1/8 Rose
G.-Z.

Bad Oldesloe, den 11. April 1958.
Fernruf: Sammel-Nr. 21 51
Bank-Konto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postspark-Konto: Hamburg 13
Spielstunden:
Montags, mittwochs und freitags von 8-12 Uhr
D./-

An die
Stadtverwaltung,
-Einwohnermeldeamt-
Ahrensburg.

Betr.: August Rose, Ahrensburg, Bünningstedterstr. 42,
geb. 6.8.1888.

Für die Bearbeitung eines hier gestellten Wiedergutmachungsantrages
bitte ich um die Erteilung einer Meldebescheinigung in doppelter
Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann Rose in Ahrensburg
wohnhaft und polizeilich gemeldet ist.

Im Auftrage des Landrates:

(Dabelstein)
Sachbearbeiter

Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr August Rose,
geboren am 6.8.1888, seit dem 1. April 1917 in Ahrensburg,
jetzt Bünningstedter Strasse 42, ordnungsbehördlich gemeldet
ist.

Ahrensburg, den 17. April 1958

Der Bürgermeister
I.A. 



Bescheinigung

2. Ausfertigung

11

26. Juli 1958.

Sozialamt
40/14 Rose-

D./-

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

K i e l .

Betr.: Entschädigungsantrag August R o s e , Ahrensburg.
Anliegend übersende ich einen Antrag auf Entschädigung nach dem
EEG. für August Rose mit der Bitte um weitere Veranlassung.
Unterlagen sind bei mir bisher nicht erwachsen.

Im Auftrage des Landrates:

11

26. Juli 1958.

Sozialamt
40/14 Rose-

D./-

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

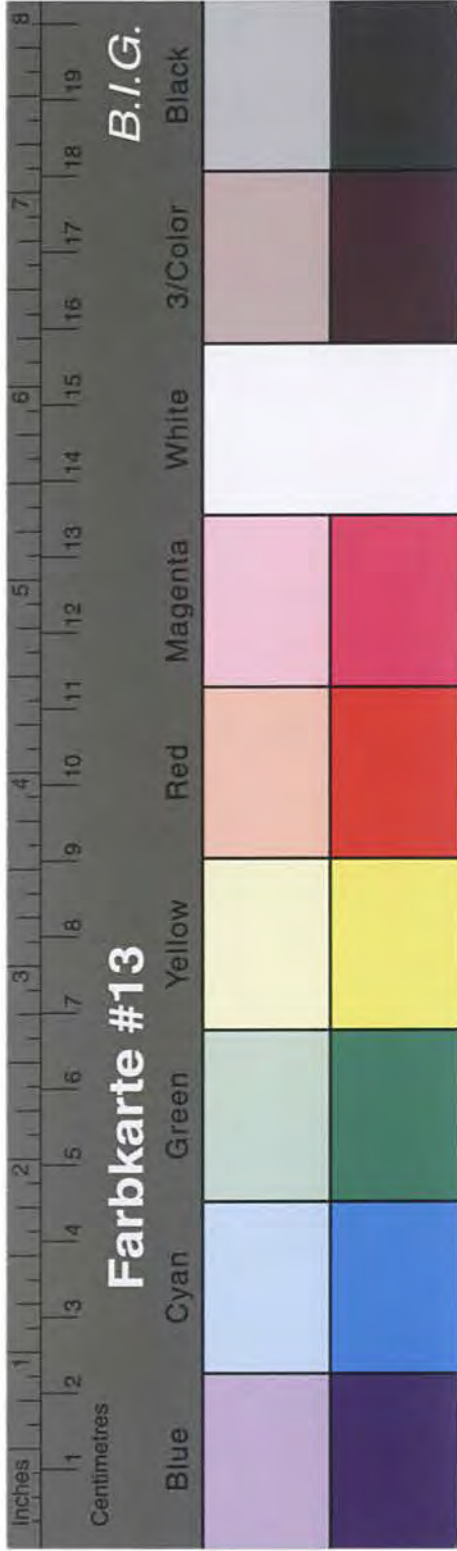
K i e l .

Betr.: Entschädigungsantrag August R o s e , Ahrensburg.
Anliegend übersende ich einen Antrag auf Entschädigung nach dem
EEG. für August Rose mit der Bitte um weitere Veranlassung.
Unterlagen sind bei mir bisher nicht erwachsen.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

4 - 1/8 ----- Bad Oldesloe, den . Januar 1958

V_e_r_m_e_r_k.: Aufgrund des Erlasses des Herrn Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein vom 28. 12. 1957 ist eine Überprüfung der Erziehungsbeihilfen erforderlich geworden, weil

a) für Kinder im volksschulpflichtigen Alter das bisher gewährte Pauschale ab 1. Januar 1958 nicht mehr zu zahlen ist und

b) bei der Witwe die Freibeträge von 14.-- bzw. 21.-- DM bei Renten aus der gesetzlichen Versicherung nicht mehr zustehen.

Die Bewilligung der Erziehungsbeihilfe für ----- vom -----

wurde überprüft und hierbei festgestellt, daß die Waise das volksschulpflichtige Alter bereits vollendet hat und somit Anspruch auf die bewilligte Erziehungsbeihilfe weiterhin besteht,

die Waise das volksschulpflichtige Alter noch nicht vollendet hat und daher die Zahlung der Erziehungsbeihilfe in Höhe von monatlich 10.-- DM ab 1. Januar 1958 einzustellen ist,

die Waise das volksschulpflichtige Alter noch nicht vollendet hat und daher das Pauschale von 10.-- DM in Fortfall kommt und nur noch das Fahrgeld mit ----- DM als Erziehungsbeihilfe ab 1. Januar 1958 zu zahlen ist,
